Heute „Sport-Spiegel“

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 1 M.

...scheint wöchentl. zwölfmal: Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel“, Dienstags „Modenspiegel“, Mittwochs „Technische Rundschau“, Donnerstags „Sportspiegel“, Freitags „Illustr. Bl.“, Sonnabends „Haus und Garten“. Man abonniert b. allen Postanstalt. des Deutschen Reichsblatt „Illustr. Bl.“, Sonnabends „Haus und Garten“. Man abonniert b. allen Postanstalt. des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; i. alle übrig. Staaten einmal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 65—69 und den Filialen. (Fernspr.: Zentrum 9351—10044, f. d. Fernverk. 14297—14209.) Tel.-Adr.: „Berlibla“, Berlin. Insertionspreis: Die 11gespalt. Nonpareillezeile 3.— M., Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen 15.— M., Nachweise nach tbl. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Lützowplatz 8; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3, Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Nachbanstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 840; Wilmersdorf. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Frankstr. 1; Müllerstr. 125; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 76; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3; Kantstr. 54; Schlossstr. 39; Nürnberger Str. 29/30; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Brunerstr.; Pankstr. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bonnholmer Str. 11; Schlossstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 5; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krällostr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Zehlendorf: Uhlandstr. 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Liebenwalde: Brückenstr. 2; Potsdam: Brandenburger Str. 29; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 127 (Ausgabe für Berlin)

Donnerstag, 16. März 1922

51. Jahrgang

Das Programm der neuen italienischen Regierung.

Facta's Erklärungen vor der Kammer.

Freundliche Worte für Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 15. März.

Facta gab heute Erklärungen ab, welche von fast der ganzen Kammer mit lebhaftem, wennschon nicht begeistertem Beifalle aufgenommen wurden. Seine Anspielungen auf die Freundschaft mit England und Frankreich wurden schweigend angehört. Facta erklärte, daß Italien für Deutschland keinerlei Haß noch Rancune empfinde, sondern in Deutschland einen sicheren Faktor des Friedens, der Zivilisation und des Fortschritts erblicke. Bei diesen Worten erscholl von mehreren Seiten des Hauses der Zustimmungsruf „Bene, bene!“ Die Aufnahme Facta's läßt auf eine längere Dauer seines Kabinetts schließen.

Rom, 15. März. (W. T. B.)

Gelegentlich der Vorstellung des neuen Kabinetts gab Ministerpräsident Facta vor Kammer und Senat eine Erklärung ab, in der er zunächst die Entstehung der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts darlegte, das er als ein Kabinett der Konzentration bezeichnete. Das Land verlange nach Ruhe und Arbeit. Man müsse zur Befriedung gelangen, aber es sei auch ein Programm der Tatkraft vonnöten. Erste und wesentlichste Bedingung sei, der Ordnung zur Herrschaft zu verhelfen. Man könne es unmöglich zulassen, daß ein Teil der Bürger Unruhen schaffe: das sei allgemeine Ueberzeugung. Unmöglich könne man eine Privilegienwirtschaft zulassen. Es müsse Unparteilichkeit gegenüber allen im Rahmen des Gesetzes herrschen. Bei der Verwirklichung dieses Zustandes vermöge das Parlament eine entscheidende Tätigkeit auszuüben.

Man müsse wieder zu einer normalen Tätigkeit des Parlaments gelangen, derart, daß eine umfassende Kontrolle des Staatshaushalts stattfinde. Eine solche Prüfung werde eine Beurteilung der finanziellen Lage gestatten, die bisher noch nicht geklärt sei. Um die Staatsfinanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, müsse man die Einnahmen erhöhen und die Ausgaben vermindern, ein Ziel, das nicht leicht zu erreichen sei. Indessen müsse man von Ausnahmemaßregeln absehen und vielmehr versuchen, ganz allmählich zu normalen Finanzen und zum Gleichgewicht des Staatshaushalts zu gelangen. Zur Stunde sei es schwierig, aber es sei unerläßliche Pflicht, zum Ziel zu kommen. Die Ausstellung der Wertpapiere auf Namen werde beibehalten werden; man werde indessen die Möglichkeit einer Konversion zulassen, unbeschadet des Rechtes, diejenigen zu besteuern, die sich gegen die Ausstellung der Wertpapiere auf Namen sträuben. Kredit und Ersparnisse müsse man vor Bankenteuerung schützen.

Zur auswärtigen Politik führte der Ministerpräsident aus, Italien, das durch die Tapferkeit seiner eigenen Armeen den Sieg davongetragen habe, habe heute keinen Grund zu einem Konflikt mit anderen Völkern. Im internationalen Konsortium stelle Italien ein Element des Friedens dar. Die Grundlage der auswärtigen Politik Italiens sei Treue gegenüber den Völkern, die im Kriege an Italiens Seite kämpften. Freundschaft für England sei für Italien eine Tradition; sie bilde mit die Grundlage jeder italienischen Politik. Italiens Freundschaft für Frankreich sei fest begründet, nicht nur durch Rassen- und Sprachenverwandtschaft, sondern auch durch gemeinsame, alte, ruhmreiche Ueberlieferungen und durch die Erinnerung an das gemeinsam für gemeinschaftliche Ideale im letzten Kriege vergossene Blut. Gegen die Besiegten von gestern empfinde Italien weder Haß noch Rachsucht. Italien sei von den besten Absichten gegenüber Deutschland beseelt, das ein Faktor der Zivilisation und des Fortschrittes gewesen sei und auch weiterhin sein werde. Italien vertraue darauf, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhalten und im künftigen Europa ein zuverlässiges Element des Friedens und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den anderen Nationen sein werde.

Die Genua-Konferenz am 10. April.

Amtliches Dementi der Vertagungsnachrichten.

Rom, 15. März. (W. T. B.)

Wie die Agenzia Stefani mitteilt, entbehren die Gerüchte von einer Vertagung der Genueser Konferenz jeder Grundlage. Das Datum des 10. April ist endgültig festgesetzt und von allen Regierungen angenommen worden.

Rom, 15. März.

Der Londoner Korrespondent des „Giornale d'Italia“ schreibt, daß man in London den Besuch Factas und Schanzers erwarte. Pflicht des italienischen Kabinetts sei es, so schnell als möglich mit der englischen Regierung einen festen Block zu bilden, um in Genua einen gemeinsamen Standpunkt durchsetzen zu können.

Hiesige Blätter richten einen Appell an die italienische Regierung, sich endlich rückhaltlos für Ameritas These in der Frage der Reparationen und der Revision der Verträge zu entscheiden. Damit würde Italien nicht nur England, sondern alle übrigen Nationen, außer Frankreich und seiner Schildknappen von der kleinen Entente, auf seine Seite ziehen und Italiens Weltstellung ungeheuer kräftigen.

Republik und Schule.

Von [Nachdruck verboten.]

Konrad Haenisch,

ehemaliger Unterrichtsminister.

In dem Artikel „Erziehung zur Republik“ habe ich kürzlich hier zu zeigen versucht, in welcher Weise der Staat auf die Stellung der Lehrerschaft, vornehmlich der Oberlehrerschaft, zu der neuen Ordnung der Dinge einwirken kann und einwirken sollte. Daneben ist aber auch eine unmittelbare Einwirkung auf die Schüler selbst möglich und notwendig. Sie darf natürlich nicht in propagandistischer Absicht und schon gar nicht in propagandistischen Formen geschehen. Andererseits darf sie sich nicht daran genügen lassen, den jungen Menschen nur von der Seite des Verstandes zu packen — sie muß ihn vielmehr mindestens ebenso kräftig auch von der Seite des Gemütes und der Phantasie her dem neuen Staatsgedanken zu gewinnen suchen. Bei welcher Gelegenheit die ganz allgemeine Anmerkung gestattet sei, daß die Republik es bisher überhaupt herzlich schlecht verstanden hat, die Kräfte des Gefühlslebens — das Wort im weitesten Sinne genommen — für sich mobil zu machen.

Wie leicht und schön läßt sich in der Schule zum Beispiel Ersatz schaffen für die Kaisergeburtstags- und Sedanfeiern der alten Zeit! Den unausrottbaren und durchaus verständlichen Drang der Jugend, Zeiten und Ideen in großen Persönlichkeiten verkörpert zu sehen, wußte das letzte Regime in sehr geschickter Weise sich nutzbar zu machen. Und auch der heutige Staat kann, ohne sich das mindeste zu vergeben, und ohne in abgeschmackten Personenkult zu verfallen, diesem gesunden und natürlichen Bedürfnis der Jugend Rechnung tragen. So haben wir vor zwei Jahren am Beethoven-Tage in allen preußischen Schulen Feiern zum Gedenken dieses großen, deutschen Genius veranstaltet. In diesem Jahre nun haben wir den Hauptmann-Tag, und in sehr dankenswerter Weise hat der Unterrichtsminister sich auf meine Anregung hin im Landtage bereiterklärt, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen zur Veranstaltung würdiger Hauptmann-Feiern in allen seiner Verwaltung unterstellten Schulen und zur Verteilung von Hauptmanns Werken, sei es in Einzeldrucken, sei es in der Gesamtausgabe, an die Schülerbibliotheken und an die Schüler selbst in der Form von Prämien für besonders gute Leistungen. Man glaube nur: an „Hanneles Himmelfahrt“, an der „Versunkenen Glocke“, an den „Webern“, am „Florian Geyer“, aber auch am „Biberpelz“ und an „Schluck und Jau“ werden unsere Jungen und Mädel mindestens ebensoviel Freude haben wie an den ihnen früher feierlich überreichten Kaiser- und Kriegsbüchern! Und ihre jugendliche Begeisterung wird sich an der Lebensleistung wahrhaft großer Männer für Volk und Menschheit weit heller und reiner entzünden als an Persönlichkeiten, deren einziges Verdienst es oft genug war, auf dem Throne geboren zu sein.

Daß daneben die Einwirkung auf das Denken nicht vernachlässigt werden darf, versteht sich von selbst. Und hier komme ich wieder auf die Schulbuchfrage zurück.

Als Frucht eines vor etwa anderthalb Jahren veranstalteten Preisausschreibens liegen jetzt etwa zehn neue Volks- und Schullesebücher vor, die aus dem Geiste unserer Zeit geboren sind. Es ist bedauerlich, daß die Prüfung dieser Bücher durch das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht nicht so hat beschleunigt werden können, daß wenigstens das eine oder andere von ihnen zu Ostern dieses Jahres an einigen Schulen probeweise eingeführt werden kann.

Für die Herstellung neuer Geschichtslehrbücher hatte ich vor zwei Jahren eine Reihe historisch gründlich geschulter Oberlehrer von jeder beruflichen Tätigkeit freigestellt. Den Abschluß ihrer Arbeiten habe ich amtlich nicht mehr erleben können. Seit einem halben Jahre liegen nun aber zunächst zwei sehr beachtenswerte Werke vor: erstens die sogenannten „Synoptischen Geschichtstabellen“ von Dr. Kawerau und seinen Mitarbeitern, die zum ersten Male versuchen, an die Stelle der bisher auf unseren Schulen heimischen, rein dynastischen und militärisch-nationalistischen Geschichtsbetrachtung die soziologische Anschauungsweise zu setzen, eine Geschichtsauffassung, die die Gesamtheit der historischen Erscheinungen in ihrem Zusammenhange zu begreifen sucht. Natürlich ist dieser erste Versuch noch nicht vollkommen gelungen, und auch ich habe gegen Einzelheiten, wie gegen die Ueberfülle des gebotenen Stoffes, manche Bedenken. (Auch wir haben gegen dies Werk erhebliche Bedenken. Die Red.) Als erster Schritt auf einem bis dahin unbegangenen Gebiete aber verdient das Werk, wie Fachleute verschiedenster Parteirichtungen rückhaltlos anerkannt haben, ernste Beachtung. Besonders in der Hand geeigneter Lehrer kann und wird es sehr nützliche Dienste leisten. Aus der Feder eines der damals von mir freigestellten Historiker, Dr. Fritz Wuessings, ist jetzt außerdem eine ganz ausgezeichnete „Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart“ erschienen, die nicht nur, nach dem Urteil aller Berufenen, wissenschaftlich und methodisch auf sehr hoher Stufe steht, sondern die auch, ohne jede parteipolitische Voreingenommenheit ganz vom Geiste unserer Tage getragen ist. (Beide Werke sind im Verlage von Franz Schneider, Berlin, erschienen.) Hinweisen möchte ich dann noch auf die zwei

Ententenote in der Entwaffnungsfrage.

Die Organisation der Schutzpolizei.

Wie wir hören, ist gestern die seit längerer Zeit bereits angekündigte Botschafternote der in der interalliierten Militärkontrollkommission vertretenen Mächte der deutschen Regierung übergeben worden. In der Note wird über angebliche deutsche Widerstände in der Entwaffnungsfrage Klage geführt und die Organisation der Schutzpolizei zur Sprache gebracht. In der letzteren Frage wurde gestern eine mit den Regierungen der Länder vereinbarte Erklärung der Kontrollkommission übergeben.

*

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß von einem „Widerstand“ der Regierung oder amtlicher Stellen in der Entwaffnungsfrage keine Rede sein kann, daß vielmehr die Entwaffnung nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages in einem Umfang durchgeführt worden ist, der auch in den Ententeländern eine fast allgemeine Anerkennung gefunden hat. Daß von einzelnen Personen noch Waffen versteckt gehalten werden, ist zweifellos richtig, kann aber unmöglich der Regierung zur Last gelegt werden. Auch mit der Organisation der Schutzpolizei haben wir uns mehrfach befaßt. Gerade jetzt ist das neue Schutzpolizeibeamtengesetz fertig gestellt und geht dem Staatsrat wie dem Landtag zu. Der Entwurf, ein umfangreiches Werk von 108 Paragraphen, nimmt Rücksicht auf die Ententebeschlüsse von Boulogne und vermeidet aus außenpolitischen Gründen wie aus Gründen der polizeilichen Technik jede Regelung, die der Polizei einen militärischen Charakter geben könnte. Aber selbstverständlich sind an die Schutzpolizei ganz andere Anforderungen zu stellen als an die frühere Schutzmannschaft. Die Schutzpolizei hat es jetzt häufig mit bewaffneten und waffengeübten Banden zu tun. Bei der Kleinheit des Heeres fällt ihr mehr als früher die Aufgabe zu, Unruhen größerer Art und Ausdehnte niederzuschlagen. Auch die Bekämpfung des Verbrechertums ist schwieriger als früher geworden. Dazu kommt die wichtigste und dauernde Aufgabe der Polizei in dem aufreibenden und entbehrungsvollen täglichen Polizeidienst. Entsprechend diesen Aufgaben hält die Regierung daran fest, daß die Schutzpolizeibeamten zum Teil kaserniert, in geschlossenen Körpern zusammengefaßt und zunächst durchweg nur auf 12 Jahre angestellt werden sollen. Eine sachliche Prüfung dieser rechtlichen Bestimmungen wie der tatsächlichen Verhältnisse müßte auch die Entente davon überzeugen, daß die Schutzpolizei nichts anderes als ein brauchbares polizeiliches Instrument in der Hand der republikanischen Regierung sein soll.

*

Aus Paris wird gemeldet: Die Botschafterkonferenz hörte gestern den Vorsitzenden der Flottenkontrollkommission in Berlin, Admiral Charlton der ihr den Stand der verschiedenen Fragen, insbesondere der Dieselmotorenfrage, darlegte. Admiral Orsini, der Führer der italienischen Abordnung bei der interalliierten Flottenkontrollkommission in Berlin und Admiral Boissière von der französischen Abordnung in Berlin nahmen an der Besprechung teil. Weiter nahm die Botschafterkonferenz den Bericht der interalliierten Kontrollkommission über die Kontrollfrage in Deutschland entgegen.

Die Koalitionsberatungen.

Die gestrigen Besprechungen.

In der Schlußsitzung zwischen der Reichsregierung und den an dem Steuerkompromiß beteiligten Parteien erklärte bekanntlich Dr. Wirth, daß über die praktische Durchführung der ihm vorliegenden Richtlinien der Deutschen Volkspartei noch weitere Besprechungen notwendig sein würden. Dementsprechend hat sich der Reichskanzler am Dienstag an die Parteien mit dem Ersuchen gewandt, ihre Vertreter für diese Verhandlungen zu wählen. Diese Wahl ist auch sogleich von den einzelnen Fraktionen vorgenommen worden. Mit diesen Abgeordneten hat Dr. Wirth, wie wir ankündigten, gestern nachmittag Fühlung genommen. In den Unterhaltungen wurde über die Durchführung der volksparteilichen Wünsche, insbesondere der beabsichtigten Sparmaßnahmen und über die Frage der Besetzung des Reichsernährungsministeriums gesprochen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich heute weitergeführt werden.

Bucharin in Berlin.

In Berlin ist, wie der Ost-Expreß erfährt, der bekannte russische kommunistische Theoretiker und Leiter der Moskauer „Prawda“ Bucharin eingetroffen. Bucharin ist ein führendes Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands und der Exekutive der 3. Internationale.